



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/290 - 14.12.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Daladiers Redeweise	S. 1
Vor der außenpolitischen Debatte in England	S. 3
Eine Abrechnung mit den "Tausendjährigen"	S. 5
Zusammenschluß der Ostzonenflüchtlinge	S. 6

Widersinnige und gefährliche Partnerschaft

O.K. Die Aussichten, die sich im Zusammenhang mit der erwarteten Viererkonferenz auf eine Entspannung im Kalten Krieg zwischen Ost und West ergeben, haben alte, angesichts der Zweiteilung Europas und der Welt kaum noch für möglich gehaltene Konzeptionen neu aufleben lassen: Über den Eisernen Vorhang hinweg erinnern sich französische Politiker von den Gaullisten bis zu einigen besonders eigenwilligen Sozialisten an die noch immer in Kraft befindlichen Bündnisse Frankreich-Sowjetunion und Frankreich-Polen und treten in diesem Zeichen in Aktion - unter äußerlicher Abstinenz der französischen Kommunisten, was besonders pikant ist.

Das Liebeswerben der Sowjets um Frankreich beginnt die ersten sichtbaren Früchte zu tragen. Wenngleich die Reise der neun französischen Politiker nach Polen in keinem ursächlichen Zusammenhang mit der Berliner Konferenz stand, sondern eigentlich dem Kampf der französischen Opposition gegen die Ratifizierung der EWG entsprang, so paßt sie zeitlich doch ausgezeichnet in die vom Osten begonnene propagandistische und politische Vorbereitung der Konferenz hinein.

Daladier, der schon einmal durch das Münchener Abkommen zweifelhaften Ruhm erlangte, bescheinigt mit einer unverblümt zur Schau getragenen Bewunderung den polnischen Kommunisten ihre Leistungen am Aufbau Polens und hebt die freundschaftliche Einstellung des polnischen Volkes gegenüber Frankreich hervor, alles

selbstverständlich unter dem Aspekt der Unveränderlichkeit der Oder-Neiße-Linie. Man überwindet also die tödliche Feindschaft gegenüber den Kommunisten und überträgt die "traditionelle französisch-polnische Freundschaft" sogar auf das Warschauer Satellitenregime des Kreml, wenn nur eine Gemeinsamkeit in dem Streben nach Niederhaltung Deutschlands erreicht werden kann. Umgekehrt geschieht das Gleiche von kommunistischer Seite. Dabei werden die polnischen Kommunisten auch von den deutschen Satelliten Moskaus in der Sowjetzone in gebührender Weise sekundiert, bei welchen die französischen Rechtskreise plötzlich ebenfalls zu höchstem Ansehen gelangten.

Für die politische Aktion des Westens gegen die Diktatur hinter dem Eisernen Vorhang bedeutet diese Reise der französischen Parlamentarier einen empfindlichen Schlag. Die kommunistischen Herrscher werden ihre unterdrückten Völker nunmehr darauf hinweisen können, daß die westliche Abwehrfront abzubreckeln und daß das kommunistische Regime selbst bis in die nationalen Kreise Frankreichs hoffähig zu werden beginne.

Besonders enttäuscht sind die polnischen Emigrationspolitiker, die noch immer für sich in Anspruch nehmen, die einzig legale Repräsentation des polnischen Volkes zu sein. Sie haben ihre Hoffnungen bisher in besonders starkem Maße gerade auf die nationalen Kreise Frankreichs gesetzt. Den Schritt der französischen Politiker empfinden sie im gegenwärtigen Augenblick doppelt schwer, weil sie eben jetzt dabei sind, die bisherige Zersplitterung der polnischen Emigration zu überwinden, und durch gesteigerte Aktivität auf der internationalen Bühne wieder in Erscheinung zu treten. Mit der Zielsetzung Daladiers, ^{auch/} durch die endgültige Abtrennung der Oder-Neiße-Gebiete ein Wiedererstarken Deutschlands zu verhindern, ist die polnische Emigrationsführung zwar durchaus einverstanden, daß er aber dabei mit den Warschauer Kommunisten gemeinsame Sache macht, paßt gar nicht in ihr Konzept.

Zwar ist dem Schritt der französischen Parlamentarier noch keine praktische Bedeutung beizumessen. Daß es aber zu dieser Reise und der damit verbundenen Demonstration überhaupt kommen konnte, zeigt deutlich die Gefahren auf, die sich aus der innerpolitischen Unsicherheit Frankreichs für die Entwicklung Europas ergeben können.

Auch Fern-Ost Konferenz ist wichtig

F.S.-London

So vorsichtig die Tagespresse die Konferenz in Bermuda vor ihrem Beginn behandelte, so zurückhaltend nimmt sie auch nach ihrem Ende zu dem Inhalt der amtlichen Verlautbarung Stellung. Man hat von dieser Zusammenkunft keine entscheidenden Schritte erwartet, ist also nicht enttäuscht wie vielleicht die französische Öffentlichkeit. Die Rede Eisenhowers wird zwar als ein Ereignis ersten Ranges angesehen, das den Westmächten auch auf atomischem Gebiet die Initiative gibt und den Präsidenten selbst zu einer innerpolitischen Stärkung seiner Position verhilft. Aber auch hier löst man sich nicht von der abwartenden Haltung, die zunächst einmal die russische Reaktion bedenkt und dann die Schwierigkeiten der organisatorischen Durchführung des amerikanischen Vorschlags überprüft. "Was mich anbetrifft", sagte Sir Winston während einer Tischrede auf Bermuda, "wird keine Konferenz, an der ich teilnehme, Resultate in Form von Schlagzeilen, sondern einen definitiven Wechsel der Politik bringen, der sich mit der Zeit günstig auswirken wird".

Nach einer so anstrengenden Tagung war es durchaus verständlich, daß der britische Ministerpräsident in Bermuda ein paar Tage zur Erholung benutzte, die auch sein französischer Kollege nötig hatte. Es gehörte sicher zur beiderseitigen Stärkung, "die nahe und dauernde Zusammenarbeit", die das Kommuniqué erwähnte, zu vertiefen. Durch die Abwesenheit Churchills wird aber das Unterhaus erst verspätet, am Mittwoch oder Donnerstag vor Beginn der Weihnachtsferien, Gelegenheit haben, die Bermuda-Konferenz innerhalb einer Debatte über die Außenpolitik zu behandeln. Da vorausgesehen ist, daß Churchill und auch Eden sprechen und mindestens zwei dem "Schattenkabinett" angehörige Mitglieder der Opposition an der Debatte teilnehmen, wird nicht viel Zeit für andere Abgeordnete zur Verfügung stehen. Die Aussprache wird daher über einen formalen Charakter kaum hinausgehen und im Hinblick auf die Berliner Konferenz die Geschlossenheit der Regierungs- und Oppositionspartei zum Ausdruck bringen. Zweifellos hat die Regierung den späten Termin für die Debatte auch in der Absicht gewählt, Eden, der vorher in Paris weilte, an der Aussprache zu beteiligen und in der Hoffnung, bestimmt dann schon eine Reaktion des Krenl auf den

Konferenzvorschlag beurteilen zu können.

Aber selbst wenn die Berliner Konferenz ohne sichtbaren Erfolg bliebe, wäre für Großbritannien noch nicht die Aussichtslosigkeit einer Fünfer-Konferenz bewiesen, die sich durch den Hinzutritt Chinas vor allem mit der Regelung der Fern-Ost-Probleme beschäftigen würde. Sie schließen das indo-chinesische Gebiet ein, an dessen friedlicher Regelung dem Quai d'Orsay viel gelegen ist. Auch Frankreich dürfte daher, ebenso wie Großbritannien, keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten, wenn die Westmächte die Beteiligung Chinas abschließend besprechen, wobei es lediglich eine theoretische Frage bleibt, ob die USA der kommunistischen Regierung einen diplomatischen Status verleiht oder ihn weiterhin zurückhält. Gelingt es, mit China anders als vor drei Jahren am Lake Success, eine Einigung oder einen Kompromiß zu erzielen, könnte diese Verständigung auch Rückwirkungen auf Europa und vor allem auf Frankreich haben.

Sieben Monate sind vergangen, seitdem Churchill am 12. Mai im Unterhaus zum ersten Male seinen Konferenzplan vortrug. Er glaubte in jener Rede lediglich, "daß eine Konferenz auf höchster Ebene zwischen den führenden Mächten ohne Verzögerung stattfinden sollte". Obgleich er die Teilnehmerzahl beschränkt wissen wollte, nannte er keine Zahl und keine Nation. "Ich sehe nicht ein, warum jemand Furcht vor einem Versuch haben sollte. Im schlechtesten Falle", so schloß Sir Winston, "werden die Teilnehmer in einen engeren Kontakt geraten; im besten Falle werden wir den Frieden für eine Generation retten".

Sir Winston hatte den Plan einer solchen Konferenz vor der Reise nach Bermuda nicht aufgegeben. Der "Evening Standard", ein viel gelesenes Abendblatt, schreibt, "daß die Berliner Konferenz geeignet sei, einer Zusammenkunft auf höchster Ebene den Weg zu bahnen". "Die letzte Gelegenheit" ist ein Ausdruck, den die Diplomaten geflissentlich vermeiden. Bringt aber die Konferenz in Berlin nicht den erhofften Erfolg, dürfte damit gerechnet werden, daß Großbritannien jene "letzte Gelegenheit" nicht ungenutzt vorübergehen läßt.

+ + +

"Das Reich der niederen Dämonen"

R.G. Die Flut der Memoiren der Hitlergenerale ist verrauscht. Mählich, ganz allmählich beginnen die Tropfen der ernsthaften Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu sickern. Der Hitlerfilm ist ein bescheidener, noch sehr unvollkommener Versuch; ein beachtlich dicker Tropfen ist das Buch von Ernst Niekisch "Das Reich der niederen Dämonen", das jetzt bei Rowohlt erschien.

Was Niekisch bringt, ist allerdings keine Rückschau auf das Tausendjährige Reich; seine Analyse des Naziregimes ist qualvolle Gegenwart. Das Buch wurde in den Jahren 1935 und 1936 geschrieben, und das Manuskript hat eine abenteuerliche Geschichte; es existierte in drei Exemplaren, von denen zwei vernichtet und das dritte dank der Ordnungsliebe einer bürokratischen Seele in die Gegenwart hinübergerettet wurde.

Das Buch ist also der Bericht eines Augenzeugen, der unmittelbar aussagt und nicht aus der Erinnerung seine Mitteilungen macht. Und entsprechend groß ist sein dokumentarischer Wert.

Niekisch ist sehr gründlich. Er beginnt nicht bei Hitler, sondern bei denen, die Hitler machten: Bei den Großindustriellen und den Junkern. Denn niemals wären die Dämonen der Unterwelt zur Macht gelangt, wenn ihnen nicht die Stinnes und Thyssen, die Hugenberg und Papen und die zahllosen Intriganten der Stahlhelmclique so eifrig die Wege geebnet hätten, wenn nicht die deutsche, sogenannte gute bürgerliche Gesellschaft so heruntergekommen wäre, daß sie "am Leitseil eines Vagabunden durch die Geschichte flanierete".

Sehr trefflich weiß Niekisch die Dämonen der Niederung selbst zu zeichnen - Hitler, Goebbels, Göring, Streicher und alle die Gangster, denen ein halbes Volk bewundernd zu Füßen lag - am vollkommensten Göring, der allerdings für eine solche Zeichnung auch die augenfälligsten Proportionen hat; der Mann, dem keine Arbeit zu schmutzig ist - wenn er sich dabei die Taschen füllen kann - der alles besorgt, Brände und Morde, und dabei, falscher als Goebbels noch, sich in den Glorienschein wohlwollend väterlicher, volksverbundener Aristokratie hüllt.

Nichts wird geschont bei Niekisch. Nicht die Generalität, deren Weg bis 1936 so deutlich wie den Weg des deutschen Reiches sah, nicht die Wissenschaft, die, wie die Justiz, zu einem großen Teil mit fliegenden Fahnen dem Führer entgegeneilte, nicht die Kirche - und besonders die katholische, die mit ihm das Konkordat schloß - und nicht das Volk, das ihm leichtgläubig vertraute, obgleich es alles, alles hätte wissen müssen. Denn - auch das sagt Niekisch - es wäre leicht gewesen, diesen Charakter rechtzeitig zu erkennen. Natürlich hat es in allen diesen Bereichen Standhafte und Anständige gegeben - das wird nicht bestritten.

Das Buch enthält eine Fülle dokumentarisch belegter Einzelheiten. Ausgezeichnet ist unter anderem das Kapitel über Röhms, in welchem Niekisch mit sehr konkreten Einzelheiten den Überfall auf Röhms schildert und nachweist, daß es sich hier um Mord und nicht um die Niederschlagung einer Revolte handelte, um einen Mord, der - da man einmal beim Morden war - sich bis zum Gemetzel einer Bartholomäusnacht steigerte. Und, so ist das Fazit am Schluß des Buches, am 30. Juni 1934 hätte allen der Charakter dieses Regimes klar werden müssen; "nach diesen Tage mußte jeder, der sehen konnte, über Hitler Bescheid wissen".

Dennoch: Das Fazit steht ganz am Rande. Niekisch rechnet nicht ausdrücklich ab. Er gibt nur Tatsachen. Und er bietet sie in der Unmittelbarkeit des Geschehens. Das gibt dem Buch eine Härte, die manchmal fast unerträglich ist, aber auch die unwiderlegbare Beweiskraft, die uns nach all' der Schönfärberei nazistischer Memoiren so bitter notwendig ist.

+ + +

Gründung des Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge

Ne. In einer ordentlichen Delegiertenkonferenz wurde am 13. Dezember 1953 der Gesamtverband der Sowjetzonenflüchtlinge in Bonn gegründet. Acht Jahre seit dem Eintreffen der ersten Sowjetzonenflüchtlinge vergingen, bevor es zu dieser Gründung, die sich zwangsläufig aus dem immer stärker werdenden Anteil der Sowjetzonenflüchtlinge an der Bevölkerung Westdeutschlands ergab, gekommen ist. Versuche, die zum Teil von politisch einseitig beeinflussten Personen in der Vergangenheit unternommen worden waren, scheiterten bisher an der Intorosselosigkeit

sowohl der Behörden als auch der Flüchtlinge. Trotzdem umfaßt auch der neugegründete Verband nur einen Bruchteil der Flüchtlinge. Auf der Konferenz in Bonn wurden 34.523 eingetragene Mitglieder durch 172 Delegierte vertreten, während die Zahl der Zuwanderer aus der Sowjetzone jetzt fast zwei Millionen beträgt.

Die Gründung dieses Gesamtverbandes war erst möglich, nachdem die Verbände der Sowjetzonenflüchtlinge sowohl im Bundesvertriebenen-Gesetz als auch im Lastenausgleich verankert wurden. Sie konnte fast reibungslos vollzogen werden, weil sich alle großen Parteien der Bundesrepublik für den Verband eingesetzt hatten. Es wird erwartet, daß der Vorstand dieses Verbandes positive Arbeit im Interesse der Flüchtlinge leisten wird. Sowohl politisch wie organisatorisch hat der Flüchtlingsverband noch viele Schwierigkeiten zu überwinden. Die Gleichstellung der Sowjetzonenflüchtlinge steht vorläufig zum großen Teil noch auf dem Papier. Die Flüchtlingslager sind mit Flüchtlingen überfüllt, die auf Wohnungen warten. Der Flüchtlingsstrom aus der Sowjetzone reißt nicht ab.

Darüberhinaus muß festgestellt werden, daß noch nicht alle Flüchtlingsverbände dem Gesamtverband angeschlossen sind. Insbesondere gibt es sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch in Berlin bedeutende Flüchtlingsorganisationen, die ein selbständiges Dasein führen. Das Verhältnis zu den Landsmannschaften ist mehr als ungeklärt. Der BVD erhebt ebenfalls den Anspruch, die Sowjetzonenflüchtlinge in seinen Reihen zu organisieren und zu betreuen. Trotzdem ist ein erster Anfang gemacht.

Die Tagung begann mit einem (mit Beifall aufgenommenen) Begrüßungsschreiben des 1. Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, dem ebenso wie dem Bundespräsidenten, dem Bundeskanzler, dem Präsidenten des Bundesrates u.a., Grußtelegramme der Delegierten geschickt worden waren. Erich Ollenhauer schrieb, daß er die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit stets als das vorranglichste Ziel der sozialdemokratischen Politik betrachte. Die Gründung des Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge füllt eine Lücke aus. Die Aufgaben, die ihm zukommen, werden sicherlich noch an Bedeutung gewinnen.

Verantwortlich: Peter Raunau